19. DGB-Bundeskongress
1. Tag – 16. Mai 2010
Grußwort von Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Michael Sommer! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sehr geehrter Herr Wowereit! Sehr geehrte Delegierte, Gäste, meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute bei der Eröffnung des diesjährigen Bundeskongresses des DGB dabei zu sein. Ich bin auch sehr gerne hierher gekommen – nicht nur, weil Sie diese Veranstaltung unter das Motto des Kampfes gegen den Rechtsradikalismus und des Rechtsextremismus gesetzt haben, was ich ausgesprochen wichtig finde. Ich kann Ihnen, Herr Sommer, nur zustimmen: Zivilcourage ist an allen Stellen gefragt – in der Politik, in den Betrieben, bei den Gerichten, im Rahmen des Gesetzes natürlich, aber es ist ausgesprochen wichtig. Die Tendenzen, die Sie auch in Europa genannt haben, sind besorgniserregend, aber eben nicht nur in Europa, sondern auch in unserem eigenen Lande.

Deshalb möchte ich all denen danken, die durch Projekte und durch Initiativen dazu beitragen, dass Rechtsextremismus und Extremismus in jeder Form in unserem Lande keine Chance haben. Die beiden Eingangsbeiträge haben uns ja ein kleines bisschen gezeigt, mit wie viel Enthusiasmus viele, viele Menschen in unserem Land dagegen auftreten. Deshalb ist es richtig, dass Sie das auch unterstützen. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, seit meinem letzten Besuch beim DGB-Kongress im Jahre 2006 hat sich unglaublich viel ereignet, und vieles von dem haben wir uns, so denke ich, alle gemeinsam nicht vorstellen können. Die politischen Diskussionen werden auch in diesen Tagen weiter davon beherrscht, was die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise uns auferlegt. Wenn ich noch einmal zurückblicke: Die ersten Warnzeichen gab es im Sommer des Jahres 2007 mit den Schwierigkeiten der IKB. Dann gab es eine Schwierigkeit weltweit von Banken mit dem Kulminationspunkt im Herbst 2008. Und wir haben dann einen dramatischen Einbruch der Weltwirtschaft, der Realwirtschaft, erlebt: minus fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. So etwas hat es in den 60 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht annähernd gegeben. Der schwierigste Wirtschaftseinbruch – noch einmal zur Erinnerung – war in den siebziger Jahren mit minus 0,9 Prozent und dann im Jahre 2009 mit minus fünf Prozent. Das Ganze hat sich jetzt ausgeweitet in eine Krise auch von Staaten, leider eben auch in Spekulationen gegen den Euro.

Und deshalb, Herr Sommer, kommt die Frage der Menschen nach dem, was wir denn tun, um das einzulösen, was ich immer und immer wieder gesagt habe – wir wollen alles daran setzen, dass sich eine solche Krise nie wiederholt –, mehr als berechtigt. (Zuruf: Und die Antwort?) – Die kommt ja; wir arbeiten uns Schritt für Schritt vor. (Heiterkeit – Beifall) Ich bin jedenfalls so strukturiert; ich komme gleich zu den Antworten. (Beifall)

Dabei ist die Aufgabe natürlich, dass wir zu allererst fragen: Was können wir bei uns zuhause tun, bei uns im eigenen Land. Da haben wir einiges gemacht, insbesondere bei den Vergütungssystemen. Die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen hat bei der Frage der Vergütung – und nicht nur bei den Vorständen der Banken, die ja oft im Visier sind, sondern bei allen in den Banken – längerfristige Regularien eingeführt. Man darf diese Boni nicht sofort bekommen; man muss Erfolg nachweisen. Wir haben auch Beschränkungen eingesetzt. Wir haben in der Europäischen Union die Finanzmarktaufsicht gestärkt. Aber das ist zum Beispiel einer der Punkte; dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

An diesem Beispiel möchte ich Ihnen darstellen, wo manchmal die Schwierigkeiten liegen. Die Kommission hat einen Vorschlag zu einer Neuregelung der Finanzmarktaufsicht gemacht, entsprechend den G-20-Beschlüssen. Die Kommission hat diesen Vorschlag den Staats- und Regierungschefs und den Finanzministern gegeben. Dabei hat auch Deutschland sehr stark darauf Wert gelegt, dass unsere Märkte, unsere Banken auch von uns sehr stark beaufsichtigt werden; das heißt, dass wir nicht zu viel nach Europa gehen. Man kann also sagen: Wir haben den Vorschlag der Kommission abgeschwächt. Jetzt hat das Europäische Parlament gesagt: Das darf aber auf keinen Fall passieren; wir müssen eher den Vorschlag der Kommission noch verstärken. Und jetzt müssen wir aufpassen, dass wir nicht in einen monatelangen Prozess der Vermittlungen kommen, der dann in weiteren Lesungen im Europäischen Parlament mündet und wir ewig und drei Tage keine europäische Finanzmarktaufsicht bekommen.

Es geht darum, dass nationale Parlamente und Europäisches Parlament hier gleichermaßen arbeiten, und wir werden uns jetzt dafür einsetzen, dass sich das beschleunigt; denn nur dann kann die Richtlinie über die bessere Aufsicht über die Rating-Agenturen auch in Kraft treten, weil die Rating-Agenturen eine neue Aufsicht brauchen, und diese neue Aufsicht in Europa erst einmal beschlossen werden muss.

Wir haben in der Europäischen Union – am Freitag im Rat und jetzt am Dienstag in der Finanzministerkonferenz – endlich die neue Regulierung der Hedgefonds. Leider werden wir dabei Großbritannien überstimmen müssen – nur um einmal deutlich zu machen, wie schwierig das zum Teil ist; aber das geht mit Mehrheit. Aber ich glaube, wir sind uns einig, es ist endlich an der Zeit, dass das in Europa gemacht wird, meine Damen und Herren. (Starker Beifall)

Ich mahne – und der französische Präsident und ich haben uns jetzt in zwei Briefen an die Kommission gewandt –, dass wir dringend eine Regulierung für die sogenannten Derivate und für die Leerverkäufe brauchen. Das eilt, und hier muss mehr Transparenz sein. Auch ein Verbot von Leerverkäufen in bestimmtem Umfang ist dringend notwendig. Wir können das immer nur zeitweise zuhause alleine machen. Ansonsten ist es eine europäische Angelegenheit. Und ich kann nicht mehr und nicht weniger dafür tun – aber das tue ich mit aller Entschlossenheit –, dass hier endlich was auf den Tisch kommt.

All das, was wir tun, wird aber nur bedingt erfolgreich sein, wenn es auch in den Vereinigten Staaten von Amerika umgesetzt wird. Sie können darauf vertrauen, Herr Sommer, ich warte nicht auf die Cayman Islands. Aber die Amerikaner müssen diese Finanzmarktpakete aus den G-20-Beschlüssen auch umsetzen. Denn wir können Derivate regulieren; wir können Leerverkäufe verbieten: Wenn in Chicago oder in New York weiter spekuliert wird, wird es leider keinen Wert haben. Deshalb ist das ganze Problem eines, was nach internationaler Kooperation ruft. Und diese internationale Kooperation – auch darum will ich nicht herumreden – ist mühselig.

Sie war in der Stunde der Not stark, aber sie droht jetzt zu verlangsamen, weil ja alles scheinbar wieder so einigermaßen läuft. Wir werden deshalb jetzt auch in Kanada Druck machen müssen, damit wir da vorankommen. Ich bin den Gewerkschaften, die inzwischen eine sehr wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen, dankbar, und ich darf Ihren Vorsitzenden Michael Sommer hier einmal loben, weil er eine ganz herausragende Rolle dabei spielt. (Zurufe: Einmal? – Beifall) Sonst gibt es ja Lob und Kritik im Zusammenhang mit nationaler Tätigkeit; hier geht es um den internationalen Bereich. (Heiterkeit) Hier darf ich Ihnen sagen, was Sie ja vielleicht nicht jeden Tag erleben, dass ohne Michael Sommer die Stimme der internationalen Gewerkschaften in diesem G-20-Prozess so stark nicht wäre, wie sie ist, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren. (Beifall)

Jetzt zu der Frage, die die Menschen wirklich beschäftigt: Wie können wir die Verursacher mit heranziehen? Da habe ich eine unterschiedliche Meinung zu Michael Sommer. Die Bankenabgabe ist richtig – sie wird im Übrigen auch vom Internationalen Währungsfonds empfohlen –, sie sollte aber nicht das einzige Instrument bleiben. Eine Bankenabgabe ist richtig, weil wir einen Fonds aufbauen müssen, um späteren möglichen Krisen einen solchen Fonds entgegensetzen zu können, damit nicht wieder der Steuerzahler zahlen muss. Das ist die Aufgabe einer solchen Bankenabgabe.

Jetzt sagen Sie wahrscheinlich: „Das ist zu wenig." (Zuruf: Ja!) Das ist ja auch klar. Ich habe auch erst gestutzt, sage Ihnen aber: Wir haben jetzt drei Dinge zu schaffen, die G 20 beschlossen hat:

Erstens. Die Eigenkapitalanteile der Banken müssen erhöht werden, damit sie krisenfester werden. Das ist richtig und wichtig, ist auch zum großen Teil schon geschehen.

Zweitens. Die Banken müssen Kredite vergeben können. Ich glaube, das ist in unser aller Interesse. Wir können nicht in der einen Veranstaltung von einer Kreditklemme und in der zweiten Veranstaltung von einer Bankenabgabe sprechen.

Drittens. Das deutsche Bankensystem ist ein ganz spezielles. Schauen wir es uns einmal an. Wir haben die Deutsche Bank; die kann gut eine Bankenabgabe zahlen. Dann haben wir die Commerzbank; die gehört in wesentlichen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, also dem Steuerzahler. Wir haben die HRE; die gehört ganz dem Steuerzahler. Dann gibt es noch wenige kleine Banken. Schließlich haben wir die Volks- und Raiffeisenbanken und die Sparkassen, die sich in der Krise super verhalten haben. Die stellen kein systemisches Risiko dar, und denen können wir auch keine Bankenabgabe abnehmen. Das ist die Realität in Deutschland. (Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir in Deutschland eine Bankenabgabe einführen, aber es ist viel wichtiger, dass auch dort, wo die vielen Banken sind, wirklich Bankenabgaben eingeführt werden, nämlich an der Wall Street und in der City of London.

Das ist viel wichtiger, und deshalb wünsche ich dem amerikanischen Präsidenten, dass er dafür die Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und im Senat bekommt, damit endlich auch dort die Finanzmarktpakete verabschiedet werden können. Wir unterstützen Barack Obama jedenfalls bei seinem Ansinnen; denn nur so kommen wir wirklich voran.

Jetzt zu der Frage der Finanzmarkttransaktionssteuer. Ich habe immer wieder gesagt: Ich habe das Thema mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück in die G-20-Diskussion eingebracht. Dadurch, dass wir das so vehement eingebracht haben, haben wir erreicht, dass der Internationale Währungsfonds beauftragt wurde, dazu Vorschläge zu erarbeiten. Der IWF hat jetzt zwei Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag beinhaltet die Bankenabgabe, und ein zweiter Vorschlag befasst sich damit, dass die Boni, also die Gehälter, und die Gewinne der Banken besteuert werden sollen. Er schlägt also eine sogenannte Finanzmarktaktivitätssteuer vor, sagt uns aber, dass er von einer Finanzmarkttransaktionssteuer nicht so viel hält, weil sie nicht nur die Banken im Auge hat, sondern weil sie alle Unternehmen, die an den Finanzmärkten arbeiten, zum Beispiel auch die DAX-Unternehmen in Deutschland, mit im Auge hat. (Zurufe) – Ja. Man kann darüber unterschiedlicher Meinung sein. Ich sage nur: Man muss sich überlegen: Was kann man international auch wirklich durchsetzen? Ich kann mühelos für die Finanzmarkttransaktionssteuer sein – mein Gott, das kostet mich gar nichts –, Sie fragen mich nur in vier Jahren: Was ist denn nun daraus geworden? Was haben Sie denn erreicht? Und ich muss Ihnen heute sagen: Wenn der Internationale Währungsfonds eine Finanzmarktaktivitätssteuer fordert und ich eine Chance habe, diese durchzusetzen, aber die andere wahrscheinlich nicht durchsetzen kann, dann werde ich mich für das, was ich durchsetzen kann, entscheiden. Da will ich auch mit offenen Karten spielen. So ist die Welt. (Zurufe)

Ich mache jetzt folgenden Vorschlag: Michael Sommer fährt ja demnächst wieder zu den internationalen Gewerkschaftstagungen. Wenn auf diesen Tagungen die G-20-Gewerkschaften gemeinsam die jeweiligen Staats- und Regierungschefs dazu bringen, einhellig eine Finanzmarkttransaktionssteuer zu fordern, dann werde ich mich dem nicht entgegenstellen. (Beifall)

Jetzt haben wir in der letzten Woche erlebt – das war ja ein sehr ernsthafter, ich würde sogar sagen: ein für uns alle vor einiger Zeit noch unvorstellbarer Vorgang –, dass gegen den Euro, unsere Währung, spekuliert wurde. Ich möchte zwei Dinge dazu sagen: Erstens ruft es nach mehr Regulierung, so wie ich es dargestellt habe. Das ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, leider ist das nicht die ganze Wahrheit. Leider ist es auch so, dass diese Spekulation nur möglich war und ist, weil es unter den Mitgliedstaaten des Euro erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Stärke und in der jeweiligen Verschuldung gibt. Wenn man dieses Problem einfach ignoriert, wird man in Zukunft keine Ruhe haben. Deshalb war es richtig, jetzt einen Rettungsschirm aufzuspannen – darüber werden wir auch zu beraten haben –, aber wir haben damit nicht mehr gemacht, als dass wir uns Zeit gekauft haben, um die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und in den Haushaltsdefiziten der einzelnen Euroländer in Ordnung bringen zu können.

Meine Damen und Herren, was in Griechenland passiert ist, dass man über Jahre Statistiken gefälscht hat, ist völlig inakzeptabel. Deshalb haben wir jetzt auch gesagt: Eurostat muss mehr Einblicksmöglichkeiten bekommen. Aber dass mehrere Länder in der Eurozone, die ein hohes Defizit von ungefähr 10 Prozent oder etwas weniger haben, so beurteilt werden, dass man glaubt, sie werden diese Schulden in absehbarer Zeit nicht zurückzahlen können, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit dazu nicht ausreicht, das ist ein Alarmsignal, wenn man sich die Frage stellt, wie Europa insgesamt gesehen wird.

In diesem Zusammenhang muss ich einen Dissens hier ganz klar benennen. Ich glaube, dass die Schuldenbremse richtig ist. Ich glaube das deshalb, weil wir in der Zukunft vor noch stärkeren Problemen stehen, als wir sie heute schon haben. Wir werden eine Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft haben, und zwar in unserem Jahrzehnt, also im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, stärker als im letzten Jahrzehnt und dann im kommenden Jahrzehnt noch einmal eine noch stärkere Veränderung. Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir mehr ältere Menschen haben werden mit einer längeren Lebenserwartung und weniger jüngere Menschen, und dass wir daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft unseres Landes ziehen müssen.

Nun kann man sagen: Die Märkte sind irrational, denen sollte man nicht glauben. Aber es wird auch kein Weg daran vorbeiführen, dass die Beurteilung der Leistungsfähigkeit auch der Bundesrepublik Deutschland davon abhängen wird, wie wir Zukunft gestalten können. Der diesjährige Haushalt – er ist der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet, zu dem stehe ich vollkommen – hat einen Umfang von 320 Milliarden Euro, und davon sind 80 Milliarden Euro Neuverschuldung. Wer glaubt, mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung einen solchen Pfad weitergehen zu können, der raubt sich die Zukunftsfähigkeit. Deshalb haben wir mit der Schuldenbremse ein Instrumentarium im Grundgesetz, das uns zwingt – ja, ich sage: das uns zwingt, und das wird nicht einfach –, einen Weg zu gehen, bei dem ab 2016 im Bund nur noch eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP möglich ist, also etwa 6 Milliarden Euro. Damit bauen wir noch nicht einen Cent der Schulden ab, die wir schon gemacht haben, sondern wir begrenzen nur die Neuverschuldung. Für die Bundesländer ist ab dem Jahre 2020 keine Neuverschuldung mehr möglich.

Ich weiß, dass das schwierig wird, und ich weiß auch, dass beim Sparen die Frage der Gerechtigkeit ganz weit oben auf der Tagesordnung stehen wird. Aber ich weiß auch: Wenn wir wie heute im Bundeshaushalt mehr als 50 Prozent für Sozialausgaben und dann noch einmal 25 Prozent für Personalkosten und Zinszahlungen haben, werden wir die Zukunft nicht bauen können. (Leichter Beifall)

Das ist die schwierige Aufgabe, vor der wir alle gemeinsam stehen. Deshalb will ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen. Es ist richtig, Herr Sommer, in der Wirtschaftskrise haben die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in herausragender Weise zusammengearbeitet. Ansonsten hätte die Politik überhaupt nicht agieren können. Und es ist richtig: Es war die Stunde, in der sich gezeigt hat, die Mitbestimmung ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Ein Pfund, das wir haben und das unsere Soziale Marktwirtschaft ausmacht. (Beifall)

Es ist ja fast ein bisschen umgekehrt wie im normalen Leben. Hier muss man sagen, man sollte sich in den guten Zeiten erinnern, wer in den schlechten Zeiten zusammengestanden hat. Normalerweise geht es ja in den guten Zeiten leichter, dass man zusammensteht, und in den schlechten kommt das Exempel auf die Probe. Hier war es gerade umgekehrt, aber es hat sich gezeigt, es hat funktioniert. Und dieses Gut der Sozialen Marktwirtschaft müssen wir im Übrigen als Leitgedanken auch in die Globalisierung hineinbringen, ansonsten werden alle Regeln nichts nützen, wenn das Denken im sozialen Ausgleich, im Miteinander nicht weltweit auch wirklich Kraft bekommt und ganz normal wird wie das Denken bei uns zuhause hier in Deutschland. (Beifall)

Ich sage auch, das ist alles andere als ausgemacht, weil es viele, viele internationale Tendenzen gibt zu sagen, wir machen so weiter, wie wir es immer gemacht haben – um dann in zehn Jahren bedrückt bei uns vor einer Situation zu stehen, bei der wir die nächste Krise haben. Das ist nicht die Politik. Und es ist im Übrigen nicht die Politik der gesamten Bundesregierung, wenn ich das auch einmal sagen darf. Sie können ja versuchen, uns auseinander zu dividieren. Ich bin die Bundeskanzlerin einer christlich-liberalen Koalition und will das hier heute auch noch einmal deutlich sagen. Ja, so ist es. (Heiterkeit) Das hat der Wähler so gewollt. (Heiterkeit)

Der Wähler hat ja dann in Deutschland im Übrigen ziemlich häufig Gelegenheit, seine Meinung wieder zu sagen. Insofern wird das alles auch seinen guten Gang nehmen. (Heiterkeit) Dennoch, und auch das sage ich, eine unserer Stärken der Sozialen Marktwirtschaft ist auch immer gewesen, dass wir selbst bei unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat bei den großen Reformprojekten über Jahrzehnte – ob das die Rente war, ob das die Gesundheit war – zusammengestanden haben. Und ich glaube, dies hat Deutschland nicht schwächer, sondern auch stärker gemacht, wenn man die langfristige Stabilität sieht.

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse ist etwas, was uns mahnt, nicht weiter über unsere Verhältnisse zu leben. Ich habe immer wieder den Satz gesagt – der ist schwer zu verwirklichen, ich will das ganz eindeutig sagen –, wir wollen aus der Krise stärker hervorkommen, als wir in sie hineingegangen sind. Deshalb sage ich auch: Trotz allen Sparens müssen wir weiter Zukunft gestalten. Deshalb wird zum Beispiel das Betreuungsprogramm für unter dreijährige Kinder in Deutschland umgesetzt, weil das dringend notwendig ist, auch im Blick auf den demografischen Wandel und auf die Frage, wie wir mit Kindern umgehen. (Beifall)

Deshalb werden auch die Themen Bildung und Forschung Schwerpunkte dieser Bundesregierung und der nächsten Jahre bleiben. Weil es gar nicht anders geht. (Beifall) Wir werden immer mehr junge Menschen haben mit Migrationshintergrund. Wir werden immer mehr dafür sorgen müssen, dass uns keiner verloren geht. Wir haben miteinander vereinbart – Herr Wowereit weiß das –, dass wir zum Beispiel die Zahl der Schulabbrecher halbieren wollen, dass wir die jungen Menschen ausbildungsfähig machen wollen. Und es ist auf Dauer auch nicht einzusehen, dass die Kinder aus der Schule kommen und als Erstes die Beitragszahler der Bundesagentur für Arbeit für die Schulabschlüsse sorgen müssen. Da brauchen wir das Geld wirklich woanders, meine Damen und Herren. Auch das muss sich verändern. (Beifall)

Und wir werden etwas tun, das ist auch gesagt worden, für die Kommunen. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Wenn es einer Strukturreform bedarf, dann bedarf es einer für die Kommunen. Deshalb hat Wolfgang Schäuble die Kommission eingerichtet zur Neuordnung der kommunalen Finanzen. Aber meine Bitte ist auch – Herr Wowereit ist ja Mitglied des Deutschen Städtetages –, dass wir eine Antwort für alle Städte finden und nicht ganz wenige Städte dann wieder einen Konsens blockieren. Meine Bitte ist auch, dass die kommunalen Spitzenverbände versuchen, eine gemeinsame Meinung zu haben. Dann verhandelt es sich viel besser mit der Bundesregierung und den Bundesländern, meine Damen und Herren.

Das sind die Aufgaben. Ich weiß, dass die Kommunen in einer schwierigen Situation sind. Ich sage das gar nicht anders. Ich habe mir ja einmal angeschaut, was ist in den letzten zehn, zwölf Jahren passiert ist bei den Kommunen, wenn man sich ihre Ausgabenstruktur anguckt. Dann ist es so, dass die Ausgaben für Sozialleistungen massiv gestiegen sind und die Ausgaben für Bauleistungen zum Beispiel dramatisch gefallen sind. Auch da leben wir über unsere Verhältnisse. Auch da müssen wir schauen, wie wir das hinbekommen.

Nur, ich habe vorher über den Bundeshaushalt gesprochen: Auch wir haben erhebliche Defizite. Das heißt, wir können nicht einfach den Kommunen Geld geben und glauben, dass dann alles gut wird. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass Kommunen, ohne dass sie Jahr für Jahr mehr Schulden machen und immer mehr Nothaushalte kommen, auf Dauer überhaupt noch eine Perspektive haben, weil es auch die Bundesrepublik als Ganzes verändern würde, wenn kommunal ehrenamtlich Tätige überhaupt nichts mehr zu entscheiden haben, außer den Mangel zu verwalten. Ich weiß das, und deshalb werden wir da alle unsere Kraft hineinsetzen, meine Damen und Herren.

Jetzt ist die Frage: Wie können wir gerade auch in die Zukunft hinein miteinander arbeiten? Da, glaube ich, ist es eine wichtige Anregung des DGB gewesen, dass wir eine Konferenz machen werden mit der Bundesregierung, der Wirtschaft und Forschungsinstitutionen über die Arbeit der Zukunft. Das ist ein riesiges Problem. Aber ich sage auch: Wir müssen alles dafür tun, dass wir natürlich vor allen Dingen auch die Arbeit von heute möglichst gut und möglichst mit geringer Arbeitslosigkeit gestalten können.

Da hat sich erwiesen, dass das Instrument der Kurzarbeit herausragend ist. Es hat uns wirklich die Brücken gebaut hin in eine Zeit nach der Krise. Es sieht auch so aus, dass die Abwrackprämie – viel gescholten, viele Theorien wurden darüber entwickelt – genau ihre Wirkung entfaltet hat, weil die Exporte sich jetzt ganz gut entwickeln und die Inlandsnachfrage in diesem Jahr natürlich etwas geringer ist. Wenn man sieht, was man da für Theorien gehört hat, warum das alles ganz falsch ist, dann glaube ich, ist das absolut richtig gewesen. (Beifall)

Wir haben aus gutem Grund die Kurzarbeit jetzt fortentwickelt und weiter verlängert. Sie nimmt ab, aber sie ist in vielen Bereichen immer noch notwendig. Ich bedanke mich bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei den Betriebsräten, die dafür Sorge getragen haben, dass von diesem Instrument verantwortungsvoll Gebrauch gemacht wurde. Ich bedanke mich bei all denen, die in den Betrieben auch als Betriebsräte dafür gesorgt haben, dass wir viele Flexibilisierungsinstrumente hatten, wie zum Beispiel die Arbeitszeitkonten, dass hier zum Teil ein großes Risiko eingegangen wird, wenn man bei leeren Konten sogar noch einen Wechsel sozusagen auf die Zukunft nimmt. Ich bedanke mich bei den Tarifpartnern, die zum Teil durch sehr, sehr verantwortungsvolle Tarifabschlüsse gezeigt haben, dass die Rettung und die Sicherung des Arbeitsplatzes im Augenblick das Aller-, Allerwichtigste ist.

Deshalb, zur Mitbestimmung habe ich gesprochen, können wir auch darauf setzen, dass wir die Frage der Tarifeinheit hoch werten und die Rechtsprechung, die da kommen kann oder nicht kommen kann, natürlich genau anschauen werden.

Meine Damen und Herren, um ein Thema will ich nicht herumreden. Das ist das Thema, das wir schon vor vier Jahren hatten, nämlich die Frage der flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhne. Ich glaube, dass das nicht die richtige Antwort ist. Ich glaube aber auf der anderen Seite, dass wir alles dafür tun müssen, dass die Tarifautonomie in Deutschland gestärkt wird. Sie ist für mich Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb haben wir auch an den Stellen, wo die Tarifpartner sich geeinigt haben auf branchenspezifische Mindestlöhne, jetzt auch sehr, sehr deutliche Entscheidungen der Bundesregierung gemacht. Die letzte anstehende Entscheidung werden die Pflegeberufe sein, wo wir dann, wenn die Tarifpartner das gemeinsam ausgehandelt haben, auch solche branchenspezifischen Mindestlöhne unterstützen. Und ich sage hinzu: Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf die Phase haben, in der die Freizügigkeit in der Europäischen Union eintritt, weil dann natürlich noch mal Verwerfungen auftreten können, die wir heute so noch nicht haben.

Ich glaube ansonsten aber, dass ein einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn die Tarifautonomie schwächen wird. Darüber haben wir vielerlei Diskussionen geführt. Deshalb werden wir auch heute darüber miteinander nicht einig werden. Was ich aber sage, ist – da habe ich die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen gebeten, jetzt mal eine Tarifkarte zu machen mit den häufigsten Berufen und zu schauen, wo es heute überall weiße Flecken gibt –, denn auch ich habe erkannt, dass gerade in den Dienstleistungsberufen die tariflichen Abschlüsse längst nicht mehr so flächendeckend sind, wie wir das aus der klassischen Industrie gewöhnt waren. Da muss gehandelt werden, meine Damen und Herren, denn sonst wäre das eine Unterminierung der Tarifautonomie.

Ein Thema, das Ihnen sehr am Herzen liegt, ist der Arbeitnehmerdatenschutz. Hier hat der Bundesinnenminister jetzt zum ersten Mal Eckpunkte vorgelegt. Ich glaube, darum wird es eine heiße Diskussion geben. Aber dass wir ein solches Gesetz brauchen, ist, glaube ich, unbestritten, und die Bundesregierung wird genau auf diesem Gebiet weiter handeln.

Meine Damen und Herren, ich will das nicht im Sinne eines Kassandrarufes sagen, aber ich sage, glaube ich, nicht zu viel, wenn ich sage: Vor uns liegen sehr, sehr schwierige Jahre. Sie dürfen eines mitnehmen: Bei allen strittigen Entscheidungen werde ich immer den Gesprächsfaden zu den Gewerkschaften nicht nur aufrechterhalten, sondern intensiv suchen. Bei allem, was wir zu entscheiden haben, ist völlig klar: Es wird in einer Weise geschehen, die das Miteinander und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert und voranbringt. Das wird nicht immer einfach sein. Ich glaube, unser gemeinsames Hauptziel muss sein, möglichst vielen Menschen die Chancen für Teilhabe und damit für Arbeit zu eröffnen.

Wenn ich mir die Frage anschaue, was kann man im Bundeshaushalt sparen, dann wäre natürlich das Allereinfachste, dass wir bei den 40 Milliarden Euro – 40 Milliarden Euro! – sparen könnten, die wir für Hartz IV, also für das Arbeitslosengeld II ausgeben, und zwar deshalb, weil wir dann, wenn es gelänge, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, weniger Ausgaben hätten, und die Kommunen hätten für die Kosten der Unterkunft auch weniger Ausgaben. Deshalb hat Ursula von der Leyen jetzt für drei Gruppen Schwerpunkte gesetzt, die, glaube ich, auch von Ihnen mitgetragen werden.

Einmal für junge Menschen. Sie hat sich das angeschaut. In den Niederlanden bekommen die jungen Menschen in ganz kurzer Zeit ein Angebot, damit sie nicht aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Wir haben gesagt, wir versprechen als nächsten Schritt, innerhalb von sechs Wochen bekommt jeder unter 25-Jährige ein Angebot entweder für Arbeit, für Qualifizierung oder für eine Beschäftigung innerhalb des Arbeitsmarktsystems.

Zweitens werden wir uns beschleunigt um die vielen langzeitarbeitslosen Alleinerziehenden kümmern. Meine Damen und Herren, viele würden gerne arbeiten, Sie wissen das, können es aber nicht, weil sie keine Kinderbetreuung haben. Deshalb wird neben dem Ausbau der Kleinstkinderbetreuung, die ich Ihnen genannt habe, den die Bundesregierung ja mit den Ländern vereinbart hat, die Bundesagentur bevorzugt Tagesmütter bereitstellen, die dann die Betreuung der Kinder übernehmen können, damit die alleinerziehenden Arbeitslosen ins Erwerbsleben hineingehen können.

Der dritte Punkt schließt an eine kritische Diskussion an, die wir hier ja auch schon geführt haben. Das ist die Frage der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur dann, wenn es uns gelingt, die Lebensarbeitszeit zu verlängern - - (Unruhe) - Ich weiß, dass ich mich auf vermintem Gebiet bewege, (Zurufe) aber schauen Sie, wir haben die Rente mit 67. Sie finden das falsch, aber Sie können angesichts der Demografie ja auch nicht ganz wegdrücken, sage ich mal, dass wir da ein Problem haben und dass wir die jüngeren Leute nicht immer mehr belasten können. Jetzt ist eines der Argumente, das Sie mit Recht immer wieder vorbringen: Was sollen Menschen, die mit 55, 56, 57 in hohem Maße keine Arbeit mehr finden, von der Rente mit 67 denken, außer dass man ihnen die Rente kürzen will? (Beifall) Das verstehe ich, ja. (Zuruf) – Nein, da brauchte ich gar nichts zu lernen, das weiß ich von alleine. (Heiterkeit) Wenn nun aber auf der einen Seite die Rente mit 67 durch die demografische Veränderung nicht einfach wegdiskutiert werden kann und es auf der anderen Seite richtig ist, dass man, wenn man früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden muss, keine Akzeptanz dafür finden wird, dann gibt es doch nur eine Möglichkeit, nämlich die Möglichkeit, auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Dagegen sind Sie doch auch nicht, meine Damen und Herren, oder? Hier würde ich wegen Ihrer öffentlichen Reputation sagen: Ein kleines bisschen vereinzelter Beifall wäre nicht schlecht. (Heiterkeit – Beifall)

Schauen Sie, was ich Ihnen hier sage, ist doch – dafür bin ich doch hier -, dass ich mit Ihnen über die ehrlichen Gegebenheiten reden muss. Es war schöner, als Norbert Blüm hier noch stand und gesagt hat: Die Rente ist sicher. Aber es war dann hinterher nicht schön, als man gemerkt hat, dass es so einfach nicht ist. Was ich möchte, ist, dass Deutschland einen Weg in die Zukunft geht, bei dem wir uns vor den Wahrheiten nicht drücken und trotzdem den sozialen Zusammenhalt erhalten.

Ich wünsche Ihnen gute Beratungstage, alles Gute, und danke, dass ich hier sein konnte. (Starker Beifall)

•